

Antrag

**der Abgeordneten Thomas Kreuzmann, Thilo Kleibauer, Carsten Ovens,
Philipp Heißner, Michael Westenberger (CDU) und Fraktion**

Betr.: Digitalisierung durchdacht durchführen – Senat muss nach konzeptlosem Organisationswechsel schneller in geordnete Strukturen finden

Mitte vergangenen Jahres wurde bekannt, dass die Stadt einen Chief Digital Officer (CDO) zum 1. Januar 2018 bekommen sollte. Aber abgesehen davon, dass berichtet wurde, dass der den Digitalisierungsprozess der Stadt leitende neue Mann mit 290.000 Euro Jahresgehalt mehr verdient als der Bürgermeister, war bisher nicht viel über seine Ziele und Aufgaben der Presse zu entnehmen. Daher fragte die CDU-Fraktion Mitte Februar: „Hat das neue Amt IT und Digitalisierung inzwischen seine Arbeit aufgenommen?“ (Drs. 21/11925 und 21/12069). Die Erkenntnisse, die sich aus den beiden Schriftlichen Kleinen Anfragen ergaben, waren ernüchternd. Bestand anfangs nur der Eindruck, dass die Verlagerung der Verantwortung des wichtigen Zukunftsthemas Digitalisierung ziemlich überstürzt von der bisher zuständigen Finanzbehörde in die Senatskanzlei verlagert worden war, wurde dieser Eindruck nun zur Gewissheit. „Die Ausgestaltung des künftigen Aufgabenportfolios und der internen Struktur von ITD ist Gegenstand eines laufenden internen Organisationsentwicklungsprozesses“, heißt es beispielsweise in Drs. 21/11925. „Im Übrigen sind die Planungen dazu noch nicht abgeschlossen“ und „die Frage der Besetzung der Stellen wird nach Abschluss des Organisationsentwicklungsprozesses zu klären sein“, ist Drs. 21/12069 zu entnehmen.

Angesichts des Umstandes, dass konkrete und wichtige Vorhaben aktuell ausgebremst wurden (Drs. 21/11967 und 21/12164), Aufgaben noch nicht klar zugeordnet sind und bis zum Abschluss des Organisationsprozesses noch vier von acht Abteilungsleiterstellen nicht besetzt sind, beim wichtigen Prestigeprojekt „Digital First“ vier von sieben Stellen vakant sind, wirkt der Organisationswechsel im Bereich IT äußerst kopflos. Wie ein Reiter, der mitten im Rennen das Pferd wechselt, hat der Senat ohne Erklärung wenigstens gegenüber dem zuständigen Fachausschuss in der Bürgerschaft massive Änderungen vorgenommen, deren finanzielle Auswirkungen zudem noch nicht absehbar sind.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Bürgerschaft über das Ergebnis des Organisationsentwicklungsprozesses bis zum 30. Juni 2018 zu berichten und hierbei vor allem die Hintergründe für den Wechsel der Verantwortung und die Ausgestaltung des künftigen Aufgabenportfolios des neuen Amtes für IT und Digitalisierung zu erläutern und den Zeitplan zur Besetzung der noch offenen Positionen darzulegen.
2. außerdem darüber zu informieren, welche Aufgaben im Bereich der Digitalisierung bei den Behörden verbleiben.

3. den CDO in dem Bericht seine Strategie für die Digitalisierung der Verwaltung inklusive der von ihm für die nächsten fünf Jahre neu gesetzten Akzente und dem hierfür benötigten Personal als auch der finanziellen Mittel skizzieren zu lassen.